Abg. Hartmann erläuterte, dass die SPD-Kreistagsfraktion den Beschlussvorschlag im Hinblick auf die Tragweite dieser Entscheidung trotz der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses nochmals überdacht habe. Er bitte zu prüfen, ob die Zustimmung zu dem doch recht weitgehenden Beschlussvorschlag möglicherweise eine persönliche Haftung der Kreistagsmitglieder nach sich ziehen könne. Die von ihm nochmals erbetene Überprüfung sei nicht gegen die Geschäftsführung der RSAG gerichtet.

Der Landrat entgegnete, dass diese Denk- und Vorgehensweise, sofern er sie als Behördenleiter übernehme, zur Entscheidungsunfähigkeit führen würde.

Abg. Griesert erachtete den Beschlussvorschlag aus betriebswirtschaftlicher Sicht für unzulässig. Sofern die RSAG nicht in der Lage sei, die Finanzierung ihrer Investitionen eigenständig über den freien Kapitalmarkt mit den dort anzutreffenden Konditionen zu realisieren, dürfe der Kreis nicht regulierend oder beeinflussend einwirken. Ferner sei die Vereinbarung, die der Rhein-Sieg-Kreis mit der RSAG im Rahmen der Gewährung von Bürgschaften abschließe, abzulehnen, da die hieraus der RSAG erwachsene Höhe der Zahlungsverpflichtung sachlich nicht nachzuvollziehen sei. Die RSAG sei ein eigenständiges Unternehmen. Der Rhein-Sieg-Kreis solle auf deren Investitionen und Finanzierungsmöglichkeiten keinerlei Einfluss nehmen.

Abg. H. Becker betonte, dass die GRÜNE-Kreistagsfraktion ausdrücklich befürworte, dass der Rhein-Sieg-Kreis zugunsten der RSAG Ausfallbürgschaften übernehme und somit ermögliche, dass sie die Konditionen ihrer Kreditaufnahmen vorteilhafter gestalten könne; dies wirke sich im Ergebnis positiv auf die Gebührenzahler/innen aus. Richtig sei ferner, dass man durch die heutige Entscheidung die in 92 und 95 hierzu gefassten Beschlüsse zur Übernahme von Bürgschaften zugunsten der RSAG der aktuellen Entwicklung anpasse. Die Formulierung des Satzes 2 des Beschlussvorschlages garantiere jedoch ein generelles Bürgschaftsvolumen i.H.v. 75 Mio Euro, auch wenn dieses Volumen durch Darlehenstilgungen reduziert werde. Der Kreistag habe dann keine Möglichkeit, auf die Höhe der Bürgschaften je nach Entwicklung der Darlehenstilgungen regulierend einzugreifen. Diese Entscheidung sei nach seiner Auffassung sehr weitreichend. Daher bitte er zu prüfen, ob bei der heutigen Entscheidung der 2. Satz des Beschlussvorschlages ausgeklammert werden und diese Frage in einer weiteren Sitzung des Finanzausschusses beraten werden könne. Durch die Formulierung des 1. Satzes des Beschlussvorschlages würden die geplanten Investitionsvorhaben und die hierfür notwendigen Kreditaufnahmen der RSAG nicht eingeschränkt. Im Übrigen sei auch er der Auffassung, dass der Kreistag im Falle der Zustimmung zum 2. Satz des Beschlussvorschlages unter Umständen ein Haftungsrisiko eingehe.

Der Landrat eröffnete die Möglichkeit, bei der heute anstehenden Entscheidung auf den 2. Satz des Beschlussvorschlages zu verzichten. Er weise allerdings darauf hin, dass der Kreistag durch den letzten Satz des Beschlussvorschlages jährlich über die aktuellen Entwicklungen informiert werde und daher auch die Möglichkeit habe, regulierend Einfluss zu nehmen.

Abg. Hurnik brachte sein Erstaunen über die heutigen Beiträge zum Ausdruck. Zu dieser Frage habe der Finanzausschuss in seiner letzten Sitzung ausführlich beraten. Die heute genannten Argumente hätten dazu geführt, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung um den letzten Satz ergänzt worden sei. Der jährlich vorzulegende Bericht der Verwaltung gebe Aufschluss über die aktuellen Entwicklungen und ermögliche dem Kreistag jederzeit, auf die Höhe des Bürgschaftsrahmens Einfluss zu nehmen. Sofern man auf den 2. Satz verzichte, sei auch der letzte Satz gegenstandslos, weil dieser in engem Bezug zu der generellen Aussage in Satz stehe.

Abg. Finke erinnerte an seine Frage, inwieweit sich die Übernahme der Bürgschaften auf die Eröffnungsbilanz im Zuge des NKF auswirke. Er nehme die Aussage des Wirtschaftsprüfers, dass eine Berücksichtigung in der Bilanz erst erforderlich werde, wenn ernsthaft mit einer Inanspruchnahme zu rechnen sei, zur Kenntnis. Er könne dieser Aussage jedoch nicht vertrauen, da man bei einer Übernahme einer Bürgschaft davon ausgehen müsse, dass sie auch Realität werde.

Abg. Griesert beantragte, dass die Verwaltung die Kalkulation bzw. die Übersichten über die

Darlehenstilgungen, jeweils jahresbezogen, und die von der RSAG zu entrichtenden Entgelte von 0,5 % offen legt, um das Risiko beurteilen zu können.

Der Landrat stellte sodann das Einvernehmen der Kreistagsfraktionen fest, den Beschlussvorschlag zu diesem Tagesordnungspunkt ausschließlich des Satzes 2 zur Abstimmung zu stellen.

Der Kreistag fasste sodann nachstehenden Beschluss: